

7/90 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

## Es geht nicht um Geschenke, sondern um nationale Solidarität

### „Allianz für Deutschland“ begrüßt Regierungserklärung des Bundeskanzlers

Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) in der DDR, der Demokratische Aufbruch (DA) und die Deutsche Soziale Union (DSU) haben in einer gemeinsamen Stellungnahme zur Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl begrüßt, daß sich die Bundesregierung nicht auf kurzfristige Hilfsmaßnahmen beschränkt, sondern am Angebot der Währungsunion festhält.

„Die Realisierung dieser außergewöhnlichen politischen Entscheidung kann endlich das Signal sein, daß die Menschen davon abhält, in den Westen zu gehen“, heißt es in einer Erklärung der drei Parteien, die sich zur „Allianz für Deutschland“ verständigt haben. „In dieser großen Stunde unseres Volkes geht es nicht um Geschenke und Kredite, sondern um einen Akt nationaler Solidarität. Die Währungsunion und die Verwirklichung der recht-

(Fortsetzung auf Seite 2)

#### HEUTE AKTUELL

● **Bundestag**

Auszüge aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 15. Februar 1990 vor dem Deutschen Bundestag. Seite 2

● **CDU/CSU-Fraktion**

Broschüre über die „Wendehälse“ in der SPD. Seite 11

● **SPD**

Doppeltes Spiel mit unseren deutschen Landsleuten. Seite 13

● **DDR**

SPD-Länder drücken sich vor Hilfe an die DDR. Seite 15

● **Übersiedler**

SPD will Leistungen beseitigen, die es gar nicht mehr gibt. Seite 17

● **Öffentlichkeitsarbeit**

Neu im Angebot: 4 Faltblätter und ein CDU extra. Seite 19/20

## Musterrede: Nie wieder Sozialismus

In unserer heutigen Ausgabe finden unsere Leser im grünen Teil eine Musterrede, die für alle diejenigen CDU-Mandats- und Funktionsträger gedacht ist, die im DDR-Wahlkampf eine Rede zu halten haben.

## Helmut Kohl vor dem Bundestag

# Deutsche Frage kann nur unter einem europäischen Dach gelöst werden

**Bundeskanzler Helmut Kohl gab in der 197. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. Februar 1990 über seine Gespräche mit Generalsekretär Gorbatschow in Moskau und mit Ministerpräsident Modrow in Bonn eine Erklärung der Bundesregierung ab. Hier auszugsweise einige Passagen aus der Rede:**

Noch nie, seit unser Land geteilt, noch nie, seit unser Grundgesetz geschrieben wurde, sind wir unserem Ziel, der Einheit aller Deutschen in Freiheit, so nahe gekommen wie heute.

Am vergangenen Samstag wurden in Moskau in den Gesprächen mit General-

*(Fortsetzung von Seite 1)*

lichen Voraussetzungen für die Soziale Marktwirtschaft bilden das Fundament für eine rasche, wirtschaftliche Gesundung und Sicherung des Sozialsystems in unserem Teil Deutschlands. Die Währungsunion ist unerlässlich, um auch die Sozialunion zu erreichen.“

Moskau und Ottawa seien die Orte, an denen in den letzten Tagen Entscheidendes für den Prozeß der deutschen Vereinigung formuliert und vereinbart worden sei. „Man hat Übereinstimmung erzielt, daß die Vereinigung in einen stabilen europäischen Rahmen eingebettet sein und bleiben muß. Auf nationalistische Alleingänge oder deutsche Sonderwege muß verzichtet werden. Bei aller Freude über die Vereinigung unseres Volkes dürfen wir unsere Nachbarn nicht vergessen.“ ■

sekretär Gorbatschow die Weichen gestellt. Das Ergebnis dieser entscheidenden Begegnung lautet:

„Generalsekretär Gorbatschow stellte fest — und der Kanzler stimmte ihm zu —, daß es jetzt zwischen der UdSSR, der Bundesrepublik Deutschland und der DDR keine Meinungsverschiedenheiten darüber gibt, daß die Deutschen selbst die Frage der Einheit der deutschen Nation lösen und selbst ihre Wahl treffen müssen, in welchen staatlichen Formen, in welchen Fristen, mit welchem Tempo und unter welchen Bedingungen sie diese Einheit verwirklichen werden.“ (TASS, 11. Februar 1990)

Wir schulden Dank an alle, die zu dieser geschichtlichen Wende beigetragen haben. Unser Dank gebührt in erster Linie unseren Freunden und Verbündeten im Westen.

Sie haben zu uns gehalten in Zeiten des Kleinmuts, als selbst hierzulande mancher das Grundgesetz ändern wollte, weil es angeblich eine „Lebenslüge dieser Republik“ festschrieb.

Wir danken Generalsekretär Michail Gorbatschow, der zusammen mit der tiefgreifenden Umgestaltung seines Landes auch die sowjetische Außenpolitik in eine neue Richtung lenkte und neue Dynamik und neues Denken vorgab.

Wir danken in dieser Stunde auch den Polen und den Ungarn, den Tschechen und den Slowaken, die mit tiefgreifenden Reformen in Politik, in Wirtschaft und Gesellschaft vorangegangen sind. Ohne ihr Beispiel wären die jüngsten Entwick-

lungen in der DDR nicht möglich gewesen.

Nicht zuletzt schulden wir herzlichen Dank unseren Landsleuten in der DDR: den Menschen in Berlin, in Leipzig, in Dresden, in Halle, in Chemnitz und in Plauen, die mit ihren Parolen „Wir sind das Volk“ und „Wir sind ein Volk“ mehr als alle anderen getan haben, um diese Chance für Deutschland zu erringen.

Generalsekretär Gorbatschow und ich waren uns einig, daß den am 18. März anstehenden Volkskammer-Wahlen Schlüsselbedeutung zukommen wird. Angesichts der Wahlprogramme, mit denen die klare Mehrheit aller Parteien und Gruppierungen in der DDR antritt, konnte ich meine feste Überzeugung bekräftigen — und der Generalsekretär hat dem nicht widersprochen —, daß das Ergebnis dieser Wahl nicht nur eine demokratisch legitimierte und, wie wir hoffen, handlungsfähige Regierung sein wird, sondern auch ein Regierungsprogramm mit dem klaren Ziel: „Einheit so bald wie möglich!“

Mit dem Generalsekretär war ich mir einig, daß nicht nur Wahlkampf und Wahlen in geordneten Bahnen verlaufen müssen, sondern auch darin, daß der Prozeß der Einigung in einen stabilen europäischen Rahmen eingebettet bleiben muß. Nur auf diesen beiden Gleisen kann das Ziel der deutschen Einheit sicher erreicht werden.

Mit den Worten Konrad Adenauers

*Die deutsche Frage kann nur unter einem europäischen Dach gelöst werden.*

habe ich verdeutlicht, daß die Bundesrepublik Deutschland von Anfang an auf nationalistische Alleingänge oder deutsche Sonderwege verzichtet hat.

Wir haben vielmehr von Anfang an darauf gesetzt, die Trennung des eigenen

Landes zusammen mit der Teilung Europas insgesamt zu überwinden.

Ich habe deshalb in meinen 10 Punkten davon gesprochen, daß die Architektur des künftigen Deutschlands in die Architektur des künftigen Europas einzupassen ist. Wir müssen neue, übergreifende Sicherheitsstrukturen aufbauen.

Das heißt für uns Deutsche:

- Wir achten die berechtigten Sicherheitsinteressen aller europäischen Länder, gerade auch der Sowjetunion und
- wir respektieren die Sicherheitsbedürfnisse und die Gefühle aller Europäer, in Sonderheit unserer Nachbarn.

Unter diesen Leitmotiven haben Generalsekretär Gorbatschow und ich — sowie Bundesminister Genscher und Außenminister Schewardnadse — die wohl schwierigste Frage angesprochen, die Zukunft der Bündnisse. Ich habe meine Überzeugung ausgedrückt, daß auch bei vernünftiger Würdigung der Sicherheitsinteressen der Sowjetunion ein künftiges geeintes Deutschland

- nicht neutralisiert oder demilitarisiert werden darf — dies ist, kurz gesagt, altes Denken,
- sondern ins westliche Bündnis eingebunden bleiben soll.

Die Geschichte gerade dieses Jahrhunderts zeigt: Nichts ist der Stabilität Europas abträglicher als ein zwischen zwei Welten, zwischen West und Ost schwankendes Deutschland.

Und umgekehrt gilt: Deutschland im festen Bündnis mit freiheitlichen Demokratien und in zunehmender politischer und wirtschaftlicher Integration in der Europäischen Gemeinschaft ist der unerläßliche Stabilitätsfaktor, den Europa gerade auch in seiner Mitte braucht.

Ich habe zu diesem Thema klargestellt,

- daß unser Bündnis sich entsprechend

seiner Zielsetzung verstärkt auf seine politische Rolle konzentrieren muß und

- daß keine Einheiten und Einrichtungen des westlichen Bündnisses auf das heutige Gebiet der DDR vorgeschoben werden.

Ich weiß mich in dieser Zielrichtung mit Präsident Bush einig.

Generalsekretär Gorbatschow und ich waren uns einig, daß jeder Anschein vermieden werden muß, daß Deutsche und Sowjets für andere Europäer sprechen — und schon gar nicht hinter deren Rücken oder über deren Köpfe hinweg. Es kann deshalb nur darum gehen, im Gespräch mit allen Beteiligten tragfähige Lösungen zu finden.

Zu den berechtigten Interessen, die wir Deutschen achten wollen, gehören selbstverständlich auch die besonderen Rechte

## Auf unsere Solidarität können die Mitbürger in der DDR rechnen

Die Gespräche mit Ministerpräsident Modrow und seiner Delegation fanden in einer sachlichen und sehr offenen Atmosphäre statt. Es kam uns darauf an, Hoffnungszeichen für die Menschen in der DDR zu setzen.

Die Lage hat sich deutlich zugespitzt. Die politischen Parteien und Gruppierungen in der DDR am sogenannten Runden Tisch haben der Bundesregierung für das Gespräch zwischen dem Ministerpräsidenten und mir ein Positionspapier übermittelt, in dem sie von einer „Lage“ sprachen, „die durch rasche Destabilisierung gekennzeichnet ist“.

Für uns werden die zunehmenden Probleme insbesondere durch den anhaltend großen Zustrom von Übersiedlern deutlich: Ihre Zahl belief sich 1989 auf insgesamt rund 340 000. Seit Jahresbeginn, also in wenigen Wochen, sind rund 85 000 hin-

und Verpflichtungen der Sowjetunion, der USA, Großbritanniens und Frankreichs für Berlin und für Deutschland als Ganzes.

Nach den Beratungen der Außenminister in Ottawa, über die gleich anschließend der Bundesminister des Auswärtigen berichten wird, zeichnet sich folgender Weg ab:

Nach den Wahlen am 18. März werden die Bundesregierung und eine demokratisch legitimierte Regierung der DDR über den Weg der Deutschen zu ihrer Einheit sprechen. Wir Deutschen werden uns dann mit den Amerikanern, den Briten, den Franzosen und den Sowjets über die äußeren Aspekte der Schaffung der deutschen Einheit einschließlich der Sicherheitsfragen der Nachbarstaaten verständigen.

zugekommen. Wenn sich dieser Zustrom in diesem Monat fortsetzt, werden wir am Monatsende über 100 000 Übersiedler haben. Ich will das noch einmal im Beispiel verdeutlichen: Das entspricht der Einwohnerzahl der Stadt Dessau.

Deswegen habe ich in den Gesprächen mit Ministerpräsident Modrow und seiner Delegation unsere wiederholt erklärte Bereitschaft hervorgehoben, kurzfristig dort zu helfen, wo dies insbesondere aus humanitären Gründen dringlich und notwendig ist.

Entsprechende Unterstützungsmaßnahmen enthält der Nachtragshaushalt 1990. Ich nenne die Stichworte Devisenfonds, ERP-Kreditprogramm, Schulung und Technologietransfer, Umweltschutz, Verbesserung der Verkehrswege und Hilfe im Bereich der medizinischen Ausrüstung.

Insgesamt geht es um einen Betrag von über 5 Milliarden DM.

Eingeleitet worden ist ferner ein umfangreiches Programm technischer Zusammenarbeit und konkreter Hilfe durch die Post. Die Postpauschale wurde auf 300 Millionen DM erhöht. Sie wird voll für den Ausbau des Telefonnetzes der DDR verwendet.

Das wird noch in diesem Jahr — ich halte das für ein wichtiges Zeichen — zu einer spürbaren Verbesserung des beiderseitigen Telefonverkehrs führen.

All dies läßt klar erkennen: Wir sind bereit, uns für die Menschen in der DDR zu engagieren, damit sie in ihrer Heimat bleiben und dort den dringend notwendigen wirtschaftlichen Wiederaufbau mitgestalten.

Aber wir gehen einen entscheidenden Schritt weiter: Ich habe Ministerpräsident Modrow das Angebot unterbreitet, sofortige Verhandlungen zur Schaffung einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft aufzunehmen.

Beide Seiten sind übereingekommen, zu diesem Zweck eine gemeinsame Kommission zu bilden, die ihre Arbeit unverzüglich beginnt.

Was bedeutet unser Angebot konkret? Das Angebot besteht im Kern aus zwei Teilen:

**Erstens:** Zu einem Stichtag wird die Mark der DDR als Währungseinheit und gesetzliches Zahlungsmittel durch die D-Mark ersetzt.

**Zweitens:** Zeitgleich müssen von der DDR die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung einer Sozialen Marktwirtschaft geschaffen werden.

Beide Elemente stehen für die Bundesregierung in einem unauflösbaren Zusammenhang.

Ich füge hinzu: Politisch und ökonomisch bedeutet dieses Angebot der Bundesregierung, daß wir bereit sind, auf ungewöhnliche Ereignisse und Herausforderungen in der DDR unsererseits mit einer ungewöhnlichen Antwort zu reagieren.

Die krisenhafte Zuspitzung der Lage in der DDR macht mutige Antworten erforderlich. Politische und gesellschaftliche Umwälzungen haben zu einer dramatischen Verkürzung des Zeithorizonts geführt, so daß für — wie auch immer definierte und auch ökonomisch begründete — Stufenpläne aus meiner Sicht die Voraussetzungen entfallen sind.

In einer solchen Situation geht es um mehr als um Ökonomie, so wichtig Ökonomie ist. Es geht jetzt darum, ein klares Signal der Hoffnung und der Ermutigung für die Menschen in der DDR zu setzen.

Deswegen und nur deswegen haben wir in dieser konkreten Situation die in der Tat historisch zu nennende Entscheidung getroffen, der DDR jetzt das Angebot einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft zu machen — ein Angebot, für das es kein vergleichbares Beispiel gibt.

Für die Bundesrepublik Deutschland — das sage ich auch ganz bewußt an die Adresse der Kritiker in der DDR, von denen ja nicht wenige Hauptverantwortung dafür tragen, daß die DDR in diese katastrophale Lage gekommen ist — bedeutet das, daß wir damit unseren stärksten wirtschaftlichen Aktivposten einbringen: die Deutsche Mark.

Wir beteiligen so die Landsleute in der DDR ganz unmittelbar und direkt an dem, was die Bürger der Bundesrepublik Deutschland in jahrzehntelanger beharrlicher Arbeit aufgebaut und erreicht haben.

Damit werden Startbedingungen geschaffen, die eine rasche Verbesserung des

Lebensstandards der Bürger in der DDR ermöglichen.

Denn die D-Mark — eine der härtesten, stabilsten und allgemein akzeptierten Währungen der Welt — ist das Fundament unseres Wohlstandes und unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Entscheidend ist es, dieses Fundament im beiderseitigen Interesse auch künftig tragfähig zu halten.

Die Währungsunion macht deshalb nur dann Sinn, wenn in der DDR unverzüglich umfassende marktwirtschaftliche Reformen durchgeführt werden. Hier handelt es sich um zwei Seiten ein und derselben Entwicklung, die parallel und eng verzahnt miteinander vorangetrieben werden müssen.

Es geht konkret

- um eine umfassende Bestandsaufnahme finanzieller Daten und Fakten. Ich füge hinzu: Das, was die Delegation von Herrn Ministerpräsident Modrow hierzu in Bonn an Zahlen vorgetragen hat, ist dafür in keiner Weise ausreichend.

- Es geht um die Sicherung der bewährten Stabilitätspolitik der Deutschen Bundesbank für das dann gemeinsame Währungsgebiet.

- Es geht um die überzeugende und zügige Durchführung der angekündigten Wirtschaftsreformen mit den Stichworten Gewerbefreiheit, Eigentumsordnung, Wettbewerbsordnung, marktwirtschaftliches Preis- und Lohnsystem sowie Freiheit im Außenhandel.

- Es geht um die Neuordnung der Staatsfinanzen einschließlich des Steuer- und Abgabensystems.

- Es geht mir auch um die Sicherung echter Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmer in den Betrieben der DDR. Ich bin aber sehr gespannt, was die Redner der sozialdemokratischen Fraktion heute zu der

Vorlage zu sagen haben, die der FDGB der DDR jetzt in die Diskussion gebracht hat.

Was gegenwärtig vom FDGB vorgeschlagen wird, läßt frei gewählte Betriebsräte und damit einen wesentlichen Teil der Mitbestimmung der Arbeitnehmer vor der Tür.

Die Diskussion zur sozialen Dimension der Europäischen Gemeinschaft hat gezeigt: Die Mitwirkungsrechte unserer Arbeitnehmer in allen Bereichen sind wegweisend. Es ist für mich selbstverständlich, daß die Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmer in der DDR hinter diesen Errungenschaften nicht zurückbleiben dürfen.

- Es geht um die notwendige soziale Flankierung dieser Reformen zum Beispiel durch den Aufbau einer Arbeitslosenversicherung und durch das Anpassen des Rentensystems.

- Es geht um einen geeigneten rechtlichen Ordnungsrahmen für wirksamen Umweltschutz in der DDR.

Ich betone: Gerade die soziale und ökologische Absicherung dieser Reformpolitik ist für die Bundesregierung von zentraler Bedeutung. Ohne sie kann der wirtschaftliche Neubeginn in der DDR nicht erfolgreich sein.

Das eklatante Versagen der sozialistischen Planwirtschaft der DDR kann nur mit einer marktwirtschaftlichen und zugleich sozial und ökologisch begleiteten Umgestaltung beseitigt werden.

Nur so kann der Zustrom privaten Kapitals in Gang kommen. Nur so können neue zukunftsträchtige Betriebe und Arbeitsplätze geschaffen werden.

Es gibt keinen Zweifel: Dieser Weg verlangt große Anpassungen und Anstrengungen. Es gibt Risiken.

Wir als Bundesrepublik Deutschland können der DDR dieses Angebot einer

## Üble Brunnenvergiftung

In einem von der SPD Hessen erstellten und in Thüringen geklebten Wahlplakat wird ein „Deutschland in den Grenzen von 1937“ als das Ziel der Vorsitzenden von CDU und CSU sowie der Vorsitzenden der Parteien der „Allianz für Deutschland“ (Ost-CDU, DA, DSU) bezeichnet. Außerdem malt die SPD Hessen in der DDR eine Vertreibung von Millionen Polen an die Wand.

Dies ist politische Volksverhetzung und die bisher übelste Brunnenvergiftung im gerade angelaufenen DDR-Wahlkampf. Ich fordere die hessische SPD auf, das Plakat schleunigst aus dem Verkehr zu ziehen, den Inhalt umgehend zu widerrufen und sich bei den Verunglimpften öffentlich zu entschuldigen, stellt Franz Josef Jung, MdL, Generalsekretär der CDU Hessen, fest.

Im Kampf um Wählerstimmen ist der SPD offenbar jedes Mittel und jede Unverfrorenheit recht, selbst Lügen werden verbreitet. Mindestens so schwer wie der parteipolitische Schaden in Thüringen ist jedoch, daß die SPD damit die Bestrebungen der Bundesregierung und des deutschen Volkes für die deutsche Einheit konterkariert und bei unseren europäischen Nachbarn in Mißkredit bringt. Es schürt Mißtrauen, wenn die SPD einen neuen Nationalismus mit einer neuen Vertreibung an die Wand malt und heuchlerisch-besorgt danach fragt, was aus Millionen Polen, Russen und Litauern werden soll. Wie mit ihrem unsehligen Landesparteitagsbeschlulß vom Herbst vergangenen Jahres gegen die deutsche Einheit ist die SPD Hessen auch diesmal Vorreiter in Sachen Peinlichkeit.

In seiner Entschließung vom 8. November 1989 hat der Deutsche Bundestag mit überwältigender Mehrheit beschlossen, das polnische Volk solle wissen, „daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird“. An Eindeutigkeit ist diese Entschließung nicht zu überbieten. Um so schlimmer und verantwortungsloser ist die SPD-Lüge vom angeblichen Ziel eines Deutschland in den Grenzen von 1937.

Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft machen, weil die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik in vieler Hinsicht ungewöhnlich günstig ist. 1982, als diese Bundesregierung die Amtsgeschäfte übernommen hat, wäre dies gar nicht möglich gewesen. Jeder, der von den Dingen etwas versteht, weiß, daß wir nach dem Oktober 1982, nachdem wir die Regierung gerade übernommen hatten — mit all den Lasten, die Sie uns überließen —, eine solche Leistung gar nicht hätten vollbringen können.

Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarktentwicklung haben in den letzten Jahren eine Dynamik gewonnen, die Anfang oder Mitte der achtziger Jahre von vielen nicht für möglich gehalten wurde und die uns inzwischen in die internationale Spitzengruppe geführt hat.

Vor allem aber gewinnen unsere hohen außenwirtschaftlichen Überschüsse im Blick auf die DDR eine neue Bedeutung. Um es genauer zu sagen: Wenn es gelingt, nur einen Teil unseres jährlichen Kapitalexports von rund 100 Milliarden DM für die DDR nutzbar zu machen —

wird dies bereits ausreichen, um dort einen starken wirtschaftlichen An Schub zu bewirken.

Wenn die Regierung Modrow, wie ich nach meinem Gespräch vor Weihnachten in Dresden erwarten konnte, noch im Januar die notwendige Gesetzgebung zum Schutz von Investitionen herbeigeführt hätte, wie dies Ungarn getan hat, wären wir heute, was Investitionen in der DDR anbelangt, bereits in einer völlig anderen Situation.

Die Verantwortlichen in der DDR — Regierung, Runder Tisch — haben es selbst in der Hand, die Signale so zu setzen, daß der wirtschaftliche Neubeginn in Gang kommt.

Unterbleiben diese Entscheidungen, aus welchen Gründen auch immer, dann werden alle öffentlichen Milliarden-Hilfen ohne die erhoffte Wirkung bleiben.

Deshalb bleibt richtig: Die Einführung der D-Mark in der DDR und das Einleiten marktwirtschaftlicher Reformen in der DDR sind ein und dieselbe Seite der wirtschaftlichen Erfolgsmedaille.

Wichtig erscheint mir aber auch, daß die Größenordnung der wirtschaftlichen Herausforderungen, mit denen wir es jetzt zu tun haben, nüchtern gesehen wird.

Bei den Einwohnern erreicht die DDR nicht ganz die Zahl des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen. Legt man die Wirtschaftskraft zugrunde, dann geht die Deutsche Bundesbank davon aus, daß wir es mit dem Gewicht eines mittelgroßen Bundeslandes in der Bundesrepublik — wie etwa des Bundeslandes Hessen — zu tun haben.

Präsident Pöhl hat zusätzlich darauf hingewiesen, daß das in einem einzigen Jahr in der Bundesrepublik Deutschland neu gebildete Geldvermögen in etwa dem

Gesamtbestand der Spareinlagen in der DDR entspricht.

Ich nenne diese Vergleichsgrößen nicht, um die Probleme zu verniedlichen; das liegt mir fern. Aber sie dürfen auch nicht maßlos übertrieben werden. Die Herausforderungen müssen so gesehen werden, wie sie tatsächlich sind, nämlich alles andere als einfach, aber für ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland letztlich doch lösbar und mit der DDR gemeinsam zu bewältigen.

Ich sage dies vor allem an die Adresse derer, die einmal mehr — wie wir es oft genug erlebt haben — ein Geschäft mit der Angst machen wollen.

Mit den Aufgaben, die vor uns liegen, werden weder die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit noch die Stabilität, noch die soziale Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland in Frage gestellt.

Unser Erfolgsweg war der Weg der Sozialen Marktwirtschaft, und wir haben in diesen Jahrzehnten im Vergleich der Systeme erlebt, daß der marxistische Sozialismus gescheitert ist und daß die Soziale Marktwirtschaft überall in der Welt eine Renaissance erlebt.

Die Grundlagen unseres Weges sind

- Leistung und soziale Gerechtigkeit
- Wettbewerb und Solidarität
- Eigenverantwortung und soziale Sicherung.

Unser materieller Wohlstand ist einer der höchsten, unser soziales Sicherungsnetz eines der dichtesten in der Welt.

Für die meisten Bürger in der Bundesrepublik Deutschland ist dies mittlerweile zur Selbstverständlichkeit geworden, nicht so für unsere Landsleute in der DDR.

Sie machen sich Gedanken, ob der Weg einer Währungsunion und einer Wirtschaftsgemeinschaft sie nicht ins soziale Abseits drängen könnte.

Ich nehme diese Sorgen, die dort gerade ältere und von Arbeitslosigkeit bedrohte Mitbürger haben, sehr ernst. Ich kann den Bürgern der DDR jedoch versichern: Soziale Marktwirtschaft bedeutet immer auch sozialen Ausgleich.

Es ist unser Ziel, daß es bald auch zu einer sozialen Gemeinschaft kommt.

Um dies zu erreichen, ist die Bundesregierung bereit, sofort beim Aufbau einer modernen Arbeits- und Sozialordnung mitzuwirken. Nach unseren Erfahrungen ist als erster Schritt die Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme für Alter und Arbeitslosigkeit erforderlich.

Beitrags- und Leistungsbezogenheit sowie Umlagefinanzierung aus dem Arbeitseinkommen sind die Garantie dafür, daß mit der Lohnentwicklung und dem Lebensstandard auch die Sozialleistungen wachsen.

Es ist unser selbstverständliches Ziel, auch der Rentnergeneration in der DDR, die den Aufbau nach dem Krieg bewältigt und die Hauptlast der sozialistischen Mißwirtschaft zu tragen hatte, den Lebensabend zu sichern.

Ebenso ist es unser Ziel, den Arbeitslosen einen angemessenen Ausgleich sowie berufliche Qualifizierung zu ermöglichen. Hierfür bieten wir personelle und technische Hilfe an. Ich bin mir auch darüber im klaren, daß eine Anschubfinanzierung notwendig werden wird.

In der Bundesrepublik Deutschland haben wir durch Anstrengung und Leistung den durch technischen Fortschritt und internationale Konkurrenz bedingten Strukturwandel erfolgreich bewältigt.

Ich bin auch heute davon überzeugt, daß wir gemeinsam die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands positiv gestalten werden.

## Informationen für unsere Landsleute

Während wir in der Bundesrepublik Deutschland eher das Problem haben, aus viel zu vielen Informationen auswählen zu müssen, fehlt es den Landsleuten in der DDR oft an den einfachsten Informationen, besonders über uns, den anderen Teil Deutschlands.

Was heißt Soziale Marktwirtschaft? Wie steht es mit dem sozialen System im sogenannten Kapitalismus? usw. usw.

Uns erreichte ein Vorschlag, wie man hier ein wenig Abhilfe schaffen kann, den wir gerne weitergeben: „Bundesbürger sollen Tageszeitungen, abgespeckt auf die Teile, die auch in der DDR von Interesse sind, wochenweise gesammelt per Drucksache an Verwandte und Bekannte schicken.“

Auf unsere Solidarität — und zwar nicht in Worten, sondern in Taten — können die Mitbürger in der DDR rechnen.

Den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland möchte ich zurufen: Unser soziales Netz bleibt dichtgeknüpft.

Kein Rentner, kein Kranker, kein Arbeitsloser, kein Kriegsoffer, kein Sozialhilfeempfänger braucht Leistungskürzungen zu befürchten. Im Gegenteil: Die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung wird auch künftig den sozialen Sicherungssystemen zugute kommen.

**Das Leitwort der kommenden Monate lautet nationale Solidarität. Solidarität ist in dieser Stunde unsere selbstverständliche menschliche und nationale Pflicht.**

# Adenauers Visionen erfüllen sich!

Der Preis für Adenauers Politik der Westintegration sei der Verzicht auf die Wiedervereinigung — dies war vierzig Jahre lang die Grundüberzeugung der SPD. Adenauer und die Union haben dieser Unterstellung stets leidenschaftlich widersprochen (Willy Brandt: Lebenslüge!). Es ist in diesen Tagen gut, sich Adenauers helllichtige Visionen ins Gedächtnis zurückzurufen. Konrad Adenauer sagte:

*„Meine Freunde, glauben Sie mir, der Tag wird kommen, da dieses Europa in West und in Ost ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickeln wird, das Spaltungen und Gegensätze überwindet.“*

Köln, 28. Juni 1959

*„Der Kommunismus hat viele Phasen durchlaufen — Leninismus, Stalinismus und jetzt Chruschtschow. Aber eines ist immer dasselbe geblieben — das Ziel der Weltherrschaft. Wir müssen bereit sein, noch mehrere Jahrzehnte in dieser ideologischen Auseinandersetzung zu stehen. Aber ich bin überzeugt, daß Chruschtschows Enkel keine Kommunisten mehr sein werden.“*

New York Journal American  
vom 31. Januar 1960

*„Unser Ziel ist, daß Europa einmal ein großes, gemeinsames Haus für alle Europäer wird, ein Haus der Freiheit.“*

Hannover, 11. Juni 1961

*„Meine Freunde, diese Betonpfeiler und dieser Stacheldraht machen schließlich nicht Weltgeschichte. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker hat im Laufe von wenigen Jahren einen Siegeszug über die ganze Welt angetreten, und ich bin der festen Überzeugung, daß das, was man jeder Kolonie in Afrika gewährt — das*

*Selbstbestimmungsrecht —, den Deutschen im Herzen Europas nicht auf die Dauer verwehrt werden kann. Und dann, meine Freunde, ist der Tag gekommen, der Tag der Wiedervereinigung in Freiheit, an dem ich glaube mit aller Kraft und in vollster Überzeugung. Denn gegen das Recht und gegen die Prinzipien, wie das Prinzip der Freiheit und der Selbstbestimmung der Völker, kann auf die Dauer auch kein kommunistischer Staat an.“*

Essen, 18. Dezember 1961

*„Wir haben die Wiedervereinigung noch nicht erreicht, obgleich ich glaube, daß wir am Horizont Möglichkeiten einer Wiedervereinigung kommen sehen, wenn wir achtsam und vorsichtig und geduldig sind, bis der Tag gekommen ist. Ich bin fest davon überzeugt, daß dieser Tag einmal da sein wird. Denn man kann einem Volk wie dem deutschen Volke nicht widersprechen und man kann ihm keinen Widerstand leisten, wenn es in Frieden seine Einheit wiederherstellen will.“*

Abschiedsrede als Bundeskanzler vor dem  
Deutschen Bundestag, 15. Oktober 1963

## Gemeinsame Frauen-Union

Am 24. Februar 1990 gründen Frauen des Demokratischen Aufbruchs, der CDU-Ost, des Neuen Forums und anderer politischer Gruppierungen der DDR gemeinsam mit der Frauen-Union der CDU in der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin eine Frauen-Union. Dieser Kongreß soll die Geburtsstunde einer „gemeinsamen Frauen-Union“ sein, in der Frauen aus beiden Staaten sich bereits vor der staatlichen Einheit Deutschlands organisieren und als politische, aber parteiübergreifende Kraft formieren, erklärte die Bundesvorsitzende der Frauen-Union, Rita Süßmuth, in Bonn.

# Die Wendehals-Partei – SPD und Wiedervereinigung

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat eine Broschüre „Die Wendehals-Partei – SPD gegen die Wiedervereinigung“ erstellt und veröffentlicht. Dazu erklärt der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Bohl:

Die gegenwärtige Deutschlandpolitik der SPD ist gekennzeichnet von Verworrenheit und Widersprüchlichkeit:

– Hans Büchler verlangte eine Aussetzung der Gespräche mit Ministerpräsident Modrow (vgl. Kölnische Rundschau, 8. 1. 1990) – Egon Bahr nannte dieses Ansinnen „lächerlich“ (dpa, 9. 1. 1990)

– Horst Ehmke sagt: „Deutsche Einheit nur im Rahmen der Ablösung der Blöcke ... nicht innerhalb der NATO denkbar.“ (Presseerklärung 1. 2. 1990). Egon Bahr pflichtet bei: „Wenn man deutsche Einheit will, dann muß man das Ende der Bündnisse wollen.“ (ppp, 1. 2. 1990) – Florian Gerster hält dagegen: „Eini-gungsprozeß nicht von Bündnisüberwindung abhängig machen.“ (ppp, 1. 2. 1990)

– Schröder und Lafontaine erwecken den Eindruck, die Übersiedler kämen in die Bundesrepublik, um sich faul in unser soziales Netz zu legen, und wollen Leistungen abschaffen, die es schon längst nicht mehr gibt – Henning Voscherau sagt dazu: „Es ist ja nicht so, daß die Menschen ... zu uns kommen, weil die Paragrafen, die hier bei uns gelten, eine magnetische Anziehungskraft hätten.“ (Welt, 19. 1. 1990) Widerspruch kommt ebenfalls von Hans Büchler: „Die DDR-Bürger kommen nicht, um hier Sozialleistungen abzukassieren. Sie bleiben des-

halb auch dann nicht in der DDR, wenn wir drei Monate das Eingliederungsgeld kürzen.“ (Bild, 7. 2. 1990)

Der wahrscheinliche Kanzlerkandidat der SPD, Oskar Lafontaine, ist geradezu eine Symbolfigur für die Unfähigkeit der SPD, in diesen Tagen deutschlandpolitische Verantwortung zu übernehmen. Statt sich um die Einheit des deutschen Vaterlandes zu kümmern, fährt er in südliche Gefilde.

Das Schlingern der SPD hat uns veranlaßt, die jüngste deutschlandpolitische Vergangenheit und Gegenwart der SPD zu dokumentieren. Das Ergebnis ist vielleicht nicht überraschend, aber dennoch erschreckend:

Die SPD in der Bundesrepublik Deutschland gibt heute vor, für die deutsche Einheit zu sein. Sie präsentiert Willy Brandt als einen Mann, der – wie die SPD insgesamt – schon immer die Einheit der Deutschen vertreten habe.

Dieser Legendenbildung muß entgegengetreten werden. Die SPD hat noch bis vor kurzem, sogar noch nach der Öffnung der Mauer, die Wiedervereinigung zur Illusion erklärt und sogar abgelehnt. Die SPD-Politik „hat sich in den zurückliegenden Jahren an einer dauerhaften deutschen Zweistaatlichkeit orientiert.“ (Hermann Scheer, SPD-Abgeordneter im Deutschen Bundestag, Sozialdemokratischer Pressedienst, 11. Oktober 1989)

Statt die deutsche Einheit anzustreben, hat sich die SPD mit den SED-Diktatoren verbrüdet und gemeinsame Ideologiepapiere erarbeitet. Darin hat sie ihren SED-Genossen bescheinigt, daß die Diktatur in der DDR noch lange fort dauern

und ihre Abschaffung nicht anzustreben sei. Kontakte mit Oppositionellen in der DDR hat sie gemieden. Die SPD hat eine Politik der Anbiederung betrieben.

Mit ihrer Forderung nach Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft hat die SPD sogar versucht, die Deutschen in der DDR zu Ausländern zu machen. Sie hat auch tatkräftig daran mitgewirkt, daß DDR-Gewaltakte, Folterungen und Mauerermorde nicht mehr registriert, sondern verschleiert werden sollten. Die SPD hat die Deutschen in der DDR im Stich gelassen.

Diese Broschüre belegt die Kampagne der SPD gegen die Wiedervereinigung und ihre Verbrüderung mit der SED in den letzten Jahren und noch bis in die letzten Wochen.

Walter Momper, SPD-Bürgermeister von Berlin hat gesagt: „Es gibt unter den Politikern dort auch Wendehälse — das ist, wie wir wissen, kein DDR-typisches Phänomen ...“ (Rede im Deutschen Bundestag, 16. November 1989)

Er hat recht damit. Die Wendehälse finden sich nicht nur in der SED, sondern auch in der SPD.

Mit dieser Broschüre wollen wir allen Deutschen, den Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR, die Möglichkeit geben, selbst darüber zu urteilen, wie glaubwürdig die Deutschlandpolitik der SPD ist. Die Broschüre zeigt auf, was nicht vergessen werden darf. Es wird der Tag kommen, an dem die SPD ihre deutschlandpolitische Vergangenheitsbewältigung wird betreiben müssen. Auch dafür wird diese Broschüre ein wichtiges Dokument sein.

Die Broschüre kann bestellt werden bei der Dokumentationsabteilung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Zimmer 220, Bundeshaus  
5300 Bonn

## Sofort 30 Millionen Mark für behinderte Bürger in der DDR

**Im Anschluß an das Gespräch von Ministerpräsident Hans Modrow mit Bundeskanzler Helmut Kohl haben Bundesarbeitsminister Norbert Blüm und Minister Rainer Eppelmann die Situation im Gesundheitswesen und die Lage der Behinderten in der DDR erörtert.**

Sie kamen zu dem Ergebnis, daß die Situation in der DDR teilweise katastrophal ist und die betroffenen Menschen dringend Hilfe brauchen. Die Minister haben deshalb ein Programm zur Förderung der behinderten Mitbürger in der DDR beraten, das Minister Eppelmann, der den Demokratischen Aufbruch am „Runden Tisch“ vertritt, in seine Regierungsarbeit einbringen wird.

Ziel ist, diese bislang in der DDR vernachlässigten Menschen stärker in die Gesellschaft einzubeziehen, die bisherige Isolation und staatliche Bevormundung zu beenden.

Zur sofortigen Verbesserung der Situation hat Minister Blüm auf Initiative von Minister Eppelmann zugesagt, unverzüglich einen Betrag von 30 Millionen Mark aus Bundesmitteln zur Förderung von behinderten Bürgern in der DDR zur Verfügung zu stellen. Die Mittel werden insbesondere dazu dienen, behindertengerechte Kleinbusse, Rollstuhlfahrer-Autobusse, Kinder- und Erwachsenen-Rollstühle sowie Hebeegeräte anzuschaffen.

### Fundsache

„Proletarier aller Länder, vergebt mir!  
Karl Marx.“

Plakat, gesehen in Eisenach und  
anderwärts in der DDR.

# Doppeltes Spiel mit unseren deutschen Landsleuten

Die SPD spielt in der Deutschlandpolitik ein doppeltes Spiel: Brandt redet in der DDR anders, als seine SPD in der Bundesrepublik Deutschland handelt. Brandt spricht beschwörend von der deutschen Einheit, Lafontaine und andere versuchen, sich die Sorgen unserer Bürger zunutze zu machen, und schüren Stimmungen gegen unsere Landsleute, die als Aus- und Übersiedler zu uns kommen. Das ist ein übles Spiel, wenn man bedenkt, daß wir nach 40 Jahren Trennung die historische Chance der Einheit haben und daß unsere Landsleute, die 40 Jahre unter dem Sozialismus gelitten haben, jetzt mit Recht auf unsere Solidarität hoffen.

Das widersprüchliche Verhalten der SPD gegenüber Aus- und Übersiedlern ist auch ein Anzeichen dafür, daß die SPD noch nicht wirklich von ihrem früheren Verzicht auf die deutsche Einheit abgewichen ist. Wer wie Lafontaine und andere SPD-Politiker einerseits mehr Ausländer und Asylanten ins Land lassen und ihnen sogar das Wahlrecht einräumen will, gleichzeitig aber deutsche Landsleute, die als Aus- und Übersiedler zu uns kommen, ausschließen will, der kann es mit der deutschen Einheit nicht so ernst meinen. Das Doppelspiel der SPD hat Methode: In der DDR verbreitet sie Angst vor der Sozialen Marktwirtschaft und fordert die Bundesregierung auf, Milliarden harte Mark in das marode sozialistische System zu stecken; und hier bei uns verbreiten SPD-Politiker Angst, den Bürgern würden mit der deutschen Einheit zu große Opfer abverlangt. Das jüngste Beispiel: Ein Bremer Wissenschaftler hat die

absurde Rechnung aufgemacht, die Bundesrepublik Deutschland schulde der DDR angeblich 727 Milliarden Mark an Reparationsausgleichszahlungen. Und wer hat diese Forderung an die Bundesregierung unterstützt? Bremens zweiter Bürgermeister Henning Scherf und die Bremer Senatoren Konrad Kunick, Horst-Werner Franke, Eva-Maria Lemke-Schulte (alle SPD). Diese Beispiele lassen sich beliebig fortsetzen.

## Beweis Nummer 1:

### Das Fremdrentenrecht

Einerseits verhinderte die SPD im Deutschen Bundestag bei der Reform des Fremdrentenrechts stärkere Einschnitte in die Leistungen, wie sie die CDU vorgeesehen hatte. Der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Rudolf Dreßler, erklärte am 28. Februar 1989, die Frage der Rentenleistung dürfe nicht emotionalisiert werden: „In dieser Lage darf man weder den irrationalen Druck nachgeben, noch die Augen vor tatsächlich vorhandenen Problemen schließen. Für die SPD ist dabei eines unverzichtbar: Das Prinzip der Integration, auf dem das Fremdrentengesetz aufgebaut ist.“ (Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion, 28. 2. 1989)

Andererseits machte Lafontaine gegen dieses Gesetz im saarländischen Landtagswahlkampf Stimmung mit der Behauptung, Aus- und Übersiedler würden gegenüber hiesigen Rentnern bevorzugt, obwohl die saarländische Landesregierung diesem Gesetz am 1. Dezember 1989 im Bundesrat ohne Änderungsanträge zugestimmt hatte.

## Beweis Nummer 2:

### Das Eingliederungs- Anpassungsgesetz

**Einerseits** polemisierte der niedersächsische SPD-Oppositionsführer Schröder gegen eine angebliche Bevorzugung von Aus- und Übersiedlern. Am 6. Februar 1990 forderte er, die Übersiedler sollten erst nach zwölf Wochen Wartezeit „ein Arbeitslosengeld“ erhalten. (dpa-Meldung, 6. 2. 1990) Und das, obwohl es seit dem 1. Januar 1990 gar kein Arbeitslosengeld mehr für Übersiedler gibt, sondern nur noch ein Eingliederungsgeld!

**Andererseits** wollte die SPD höhere Leistungen durchsetzen; so stellte sie zum Beispiel im Innenausschuß des Deutschen Bundestages am 10. November 1989 den Antrag, Zuschläge von 300 bis 500 Mark für alleinerziehende Aus- und Übersiedler einzuführen. (BT-Drs. 11/5677, Seite 21)

## Beweis Nummer 3:

### Die Stasi-Rente

**Einerseits** kritisierte die SPD im Landtagswahlkampf an der Saar die Rentenleistungen für Aus- und Übersiedler.

**Andererseits** will sie offenbar sogar früheren Stasi-Angehörigen Ansprüche auf Rente zubilligen: Gegen den Gesetzentwurf der Bundesregierung, der diese Ansprüche ausschließt, protestierte der SPD-Abgeordnete Heyenn: „Der Gesetzentwurf der Bundesregierung verstößt nicht nur gegen die Normen der Rechtsstaatlichkeit, sondern er ist auch völlig überflüssig.“ (Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion, 31.1.1990)

## Beweis Nummer 4:

### Notaufnahmeverfahren

**Einerseits** fordert die SPD im Deutschen Bundestag, das Notaufnahmeverfahren

für Übersiedler abzuschaffen. (BT-Drs. 11/6381) Daß sie damit die Ängste unserer Landsleute in der DDR schürt, nimmt sie in Kauf.

**Gleichzeitig** fordert der nordrhein-westfälische Sozialminister Heinemann, diese Eingliederungshilfe beizubehalten. In einer Beratungsunterlage seines Ministeriums zur „Überprüfung der Eingliederungshilfen für Aus- und Übersiedler“ heißt es: „Folgende Eingliederungshilfen sollten unverändert beibehalten werden: ... — Unterbringung in Übergangseinrichtungen...“. (Beratungsunterlage des NRW-Sozialministeriums, S. 2 f.)

**Einerseits** fordert die Bundes-SPD die Streichung von Sonderleistungen für Aus- und Übersiedler. (BT-Drs. 11/6381)

**Gleichzeitig** spricht sich die Regierung Rau für die Notwendigkeit aus, „durch wirksame Starthilfen eine Eingliederung zu ermöglichen...“. (Beratungsunterlage des NRW-Sozialministeriums, S. 1)

**Einerseits** fordert die SPD in Bonn die Streichung des Überbrückungsgeldes in Höhe von 200 Mark. (BT-Drs. 11/6381)

**Gleichzeitig** fordert die Landesregierung von NRW die Beibehaltung dieser Leistung. (Beratungsunterlage des NRW-Sozialministeriums, S. 3)

## Beitragsenkung bei KKH Versicherte sparen 420 DM

„Die Früchte der Gesundheitsreform reifen. Sie kommen vor allem den Versicherten zugute,“ erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm vor der Vertreterversammlung der Kaufmännischen Krankenkasse — KKH in Bonn-Bad Godesberg. Als erste der großen bundesweiten Ersatzkassen (1,33 Millionen Versicherte) hat die KKH zum 1. April eine Senkung des Beitragsatzes von 12,6 auf 11,9 Prozent beschlossen.

# SPD-Länder drücken sich vor Hilfe an die DDR

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt es, daß Bundeskanzler Helmut Kohl gemeinsam mit den Ministerpräsidenten über notwendige Maßnahmen zur Hilfe für die DDR beraten hat. In einem föderalen Staat sind die Länder in gleicher Weise zur Hilfe verpflichtet wie der Bund, stellt Friedrich Bohl, 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fest.

Die SPD-regierten Bundesländer haben sich bisher in skandalöser Weise aus dieser Verantwortung herausgeschlichen.

Während H.-J. Vogel und Ibrahim Böhme die Bundesregierung täglich mit großen Worten wegen angeblich mangelhafter Unterstützung der DDR kritisieren, halten die SPD-Ministerpräsidenten ihre Taschen geschlossen.

Ein Vergleich macht dies deutlich:

Die CDU- und CSU-regierten Bundesländer stellen nach aktualisierten Zahlen von jetzt an 648,5 Millionen DM aus Haushaltsmitteln für Wirtschaftshilfen an die DDR zur Verfügung.

Die SPD-regierten Länder sind lediglich bereit, 48,55 Millionen DM zu zahlen.

Die Unionsregierten Länder leisten also mehr als das 13fache an Hilfe für die DDR.

Worte und Taten klaffen bei der SPD meilenweit auseinander. Es ist die SPD, die kaum den kleinen Finger rührt, wenn es um Hilfe für die DDR geht.

Zwei Einzelbeispiele belegen die Knausrigkeit und den Geiz der SPD gegenüber den Menschen in der DDR besonders eindrücklich:

Während das SPD-regierte Nordrhein-Westfalen mit rund 17 Millionen Einwohnern lediglich 34 Millionen DM zur Verfügung stellt, gibt Hessen mit seinen 5,5 Millionen Einwohnern 250 Millionen DM. Hessen leistet bei einem Drittel der Einwohnerzahl von NRW also mehr als das 7fache.

Das Saarland ist Schlußlicht bei allen Sofortmaßnahmen. Lafontaine spricht zwar davon, er wolle die Bürger in der DDR zum Bleiben bewegen. Er tut aber so gut wie nichts dafür. Lediglich 1,25 Millionen DM werden für Sofortmaßnahmen zur Verfügung gestellt.

Ein bezeichnendes Licht auf die innere Einstellung des saarländischen SPD-Ministerpräsidenten wirft zudem die Tatsache, daß er am Gespräch mit dem Bundeskanzler über Hilfen für die DDR nicht teilgenommen hat und statt dessen in südlichen Gefilden Urlaub macht. Er ist und bleibt ein deutschlandpolitischer Deserteur.

Im Falle des Saarlands drängt sich geradezu der Eindruck auf, daß mit der Verweigerung von Unterstützungsleistungen an die DDR und einer gleichzeitig künstlich erzeugten Torschlußpanik bei DDR-Übersiedlern der Übersiedlerstrom zum Anschwellen und damit die Bundesregierung in Schwierigkeiten gebracht werden sollen. ■

## Zitat

„Ein neutralisiertes Deutschland ist mit mir nicht zu machen, auch nicht mit der Mehrheit der Deutschen.“

**Helmut Kohl**

## Die Strategie der SPD

Nach den Äußerungen des Genossen Hans-Jochen Vogel und seines Ost-Berliner Statthalters Ibrahim Böhme ist die Strategie der SPD für den 18. März klar: Sie versucht eine Geschichtsklitterung großen Ausmaßes. Die CDU der DDR soll für alles Böse des sozialistischen Regimes verantwortlich gewesen sein. Ihre Partner in der „Allianz für Deutschland“ sollen sich noch nachträglich mitschuldig machen.

Die CDU in der Bundesrepublik Deutschland soll damit zur heimlichen Verbündeten der SED-Unterdrücker gemacht werden. Allein die SPD bleibt nach diesem Konzept mit weißer Weste übrig. Sie will schon immer gegen die SED gekämpft und allein den Durchbruch zur Demokratie erreicht haben. Geschichtsklitterung ist den Deutschen noch nie gut bekommen. Diese Geschichtsklitterung wird auch der SPD nicht gut bekommen.

Dazu Friedrich Bohl, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Richtig ist, daß Ulbricht und die sowjetische Besatzungsmacht totalitären Druck auf alle demokratischen Parteien ausübten. Die SPD ließ sich in die SED zwingen. Die Gegner dieser Zwangsvereinigung fanden nicht genug Aufrechte, um die SPD davor bewahren zu können.

Lange Zeit vergaß die West-SPD nicht, was die Kommunisten einem Teil ihrer Freunde angetan hatten. Aber in den 70er Jahren wandelte sich ihr Verhältnis zu den Kommunisten. Immer bereitwilliger ging die SPD auf die Forderungen der SED ein und stimmte den SED-Forderungen zu:

- Abschaffung der Erfassungsstelle Salzgitter,

- Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft,

- Einseitiger Abzug amerikanischer Raketen ohne gleichzeitigen Abzug sowjetischer Raketen,

- Gemeinsames Ideologiepapier.

Damit all dies möglich wurde, verzichtete die SPD offenbar darauf, weiter an die frühere Zwangsvereinigung zu erinnern.

So, wie dies die Blockparteien in der DDR auch taten. Nur: Hier in der Bundesrepublik wurde niemand gezwungen, sich Diktatoren zu unterwerfen. Trotzdem ist die SPD den SED-Unterdrückern mit zu großer Nachsichtigkeit und zu wenig Eindeutigkeit entgegengetreten. Das war die Verstrickung der SPD in das SED-Blocksystem.

## Arzneimittel als Geschenk in die DDR

Die DDR hat jetzt die bisher geltende Beschränkung, wonach Arzneimittel als Geschenk nur dann in die DDR geschickt werden konnten, wenn sie in einer von der DDR veröffentlichten Liste aufgeführt waren, aufgehoben. Die bisherige Liste ist gegenstandslos geworden. Bundesgesundheitsministerin Ursula Lehr hat in Bonn auf diese neue Vereinbarung zwischen den Gesundheitsministerien hingewiesen.

Ab sofort können alle in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen Arzneimittel als Geschenk in die DDR geschickt werden. Es ist nicht mehr erforderlich, ein Rezept eines DDR-Arztes der Sendung beizufügen. Die Arzneimittel müssen auch nicht mehr getrennt verschickt, sondern können jeder gewöhnlichen Geschenksendung beigelegt werden. Arzneimittel können künftig auch ohne jegliche Beschränkung im Reiseverkehr transportiert werden.

Aus- und Übersiedler

# SPD will Leistungen beseitigen, die es gar nicht mehr gibt

Der Bundesfachausschuß Innenpolitik der CDU hat sich mit der aktuellen Diskussion über Leistungen an Aus- und Übersiedler befaßt. Dazu erklärt der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Innenpolitik, Johannes Gerster: Die von Lafontaine initiierte Neidkampagne der SPD gegen deutsche Aus- und Übersiedler ist politisch und moralisch unverantwortlich. Diese Stimmungsmache vergiftet das Klima, ist kein konstruktiver Beitrag zur Lösung der praktischen Probleme.

Mit ihren Äußerungen schürt die SPD Ängste und Panik bei unseren Landsleuten in der DDR. Die Wirkung ist fatal: Die massenhafte Auswanderung der auf ihren Koffern sitzenden Menschen wird dadurch beschleunigt. Dies liegt weder im Interesse der Bundesrepublik Deutschland noch im Interesse des Wiederaufbaus des vom Sozialismus heruntergewirtschafteten anderen Teils Deutschlands. Nicht Panikmache und Hektik sind gefragt, sondern eine verlässliche und besonnene Politik, die den Menschen eine Perspektive eröffnet, in ihrer Heimat am demokratischen Aufbau aktiv mitzuwirken.

Selbstverständlich ist es richtig, wenn die Leistungen an Aus- und Übersiedler überprüft und veränderten Verhältnissen angepaßt werden. Der Bundesfachausschuß Innenpolitik hat aber kein Verständnis dafür, daß die SPD in der von ihr geführten aufgeregten Kampagne angebliche Leistungen kritisiert, die es gar nicht mehr gibt. Es zeugt von Böswil-

ligkeit, zumindest aber von völliger Unkenntnis, wenn der niedersächsische Oppositionsführer Schröder z. B. Leistungen im Bereich des Arbeitslosengeldes kritisiert, die — mit den Stimmen der Sozialdemokraten — im Eingliederungsanpassungsgesetz längst abgeschafft worden sind.

1. Schon durch die Rentenreform wurden Besserstellungen beseitigt. Durch neue Verfahren zur Eingruppierung früherer Tätigkeiten wurde weitgehend sichergestellt, daß Aus- und Übersiedler keine höhere Rente erhalten als vergleichbare hiesige Rentner.

2. Das am 1. Januar 1990 in Kraft getretene Eingliederungsanpassungsgesetz hat für Aus- und Übersiedler im wesentlichen zu folgenden einschränkenden Änderungen geführt:

- Wegfall des Arbeitslosengeldes, statt dessen (steuerpflichtiges) „Eingliederungsgeld“ für die Dauer von 12 Monaten (entspricht netto in etwa der Sozialhilfe), danach: Arbeitslosenhilfe bzw. Sozialhilfe wie bei allen anderen.
- Begrenzung des Kranken- und Mutterchaftsgeldes maximal bis zur Höhe des Eingliederungsgeldes.
- Beschränkung der Vererbbarkeit von Ansprüchen nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz sowie nach dem Häftlingshilfegesetz auf Ehegatten und Kinder.
- Einschränkung einiger Vergünstigungen nach dem 2. Wohnungsbaugesetz; damit entfällt die früher mögliche Bevor-

zung von Aus- und Übersiedlern bei der Vergabe von Sozialwohnungen.

● Wegfall eines „Freibetrages von 2.400 DM“ bei der Ermittlung der Wohngeldberechtigung nach dem Wohngeldgesetz.

● Abbau einiger steuerlicher Vergünstigungen.

3. Darüber hinaus sind ohne eine Änderung rechtlicher Grundlagen Leistungen für Übersiedler aus der DDR entfallen, weil im Hinblick auf die innerdeutschen Veränderungen die tatbestandlichen Voraussetzungen für ihre Gewährung nicht mehr gegeben sind. Hierbei handelt es sich z. B. um:

● Entschädigungsleistungen für sog. Zonenschäden im Rahmen des Lastenausgleichs. Diese können nur geltend gemacht werden, wenn der Geschädigte als „Sowjetzonenflüchtling“ anerkannt ist. Diese Voraussetzungen liegen nach Eintritt der Reisefreiheit nicht mehr vor.

● Beihilfen zur Hausratsbeschaffung bzw. Einrichtungshilfe (früher durchschnittlich 1.350 DM) entfallen, weil inzwischen die Mitnahme des Hausrats jederzeit möglich wäre, ein Schaden also nicht eintritt.

Was zur Zeit an Sonderleistungen für Übersiedler noch bleibt, ist minimal. Zur Zeit ist noch die sog. Überbrückungshilfe von 200 DM weiter zu zahlen, solange das Aufnahmeverfahren für Übersiedler beibehalten wird. Auch gibt es noch zinsverbilligte Einrichtungsdarlehen nach Bezug einer Wohnung (4.000 DM zu 4 % Zinsen/Jahr; Höchstbetrag 10.000 DM, z. B. für ein Ehepaar mit 5 Kindern). Es ist kaum anzunehmen, daß diese Leistungen für die Entscheidung zur Übersiedlung ursächlich sind.

4. Weitere Leistungsanpassungen für DDR-Übersiedler, vor allem bei Renten, bei der Ausbildungsförderung oder bei

Kredithilfen sind hinsichtlich ihres Für und Wider abzuwägen.

Wir brauchen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR aber besondere Regeln für „Pendler“. Dies betrifft z. B. Personen mit Wohnsitz in der DDR und Arbeitsstelle in der Bundesrepublik sowie Bundesbürger, die z. B. im Auftrag eines westdeutschen Unternehmens in der DDR arbeiten.

Um mißbräuchliche, z. B. doppelte Nutzung von Sozialleistungen, die DDR-Übersiedlern genauso wie Bundesbürgern zustehen, auszuschließen, muß ein Melde- und Amtshilfeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR geschlossen werden.

5. Die von der SPD geforderte sofortige Abschaffung des Notaufnahmeverfahrens ist nicht geeignet, auch nur einen Übersiedler dazu zu bewegen, in der DDR zu bleiben. Die Nachteile einer solchen Maßnahme liegen auf der Hand: Mit einem sich weiter verstärkenden Zugang an Übersiedlern wäre zu rechnen. Ohne das Aufnahmeverfahren ist eine sinnvolle Verteilung der Übersiedler nicht möglich. Die Kommunen wären bei einem unkoordinierten Zugang von Übersiedlern hoffnungslos überfordert.

**Wir haben in Uid 5/90** auf der Seite 8 berichtet, daß die NRW-CDU in Berlin ein Büro zwecks Wahlkampf-Unterstützung für die in der Allianz zusammengesetzten Parteien errichtet habe und daß der Geschäftsführer Dieter Lehnen sei. Dabei war Herr Lehnen als „bisheriger“ Geschäftsführer der NRW-Wirtschaftsvereinigung bezeichnet worden. Er ist es immer noch. Wir bitten das „bisherige“ zu entschuldigen.

**Neue Serie: Was sagt die CDU zum Thema**

Unter diesem Titel hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle eine neue Faltblatt-Serie aufgelegt. Als erstes sind die Themen: Ausländer, Umwelt, Renten und Drogen erschienen; weitere folgen.

Die Faltblätter behandeln das jeweilige Thema in dialogischer Form, d. h. möglichst realistische Fragen, wie sie von den Bürgern tatsächlich im politischen Gespräch gestellt werden, erhalten eine prägnante, verständliche Antwort.

Mit diesen Faltblättern drücken sie dem interessierten Mitbürger keine langwierige Abhandlung in die Hand, sondern ziehen ihn quasi in ein Gespräch.

**Faltblatt: Was sagt die CDU zum Thema**

- „Ausländer“ — Bestell-Nr. 2214
- „Umwelt“ — Bestell-Nr. 2215
- „Renten“ — Bestell-Nr. 2216
- „Drogen“ — Bestell-Nr. 2217

Mindestbestellmenge: je 50 Exemplare

Preis je 50 Exemplare: 15,— DM inkl. Vers. zzgl. MwSt.

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

**WAS SAGT  
DIE CDU  
ZUM THEMA**

**Ausländer**

**WAS SAGT  
DIE CDU  
ZUM THEMA**

**Umwelt**

**WAS SAGT  
DIE CDU  
ZUM THEMA**

**Rente**

**WAS SAGT  
DIE CDU  
ZUM THEMA**

**Drogen**

